

Kommunen drohen neue Belastungen

Bezirksregierung lenkt Blick des Kreises auf die Umlage

Kreis Hildesheim (br/r). Die Kreisverwaltung hat Rücken- deckung in dem Bestreben bekommen, die Kreisumlage anzu- heben. Die Bezirksregierung schreibt in der Genehmigung des Haushaltsplanes für 2004 mit Blick auf die „ständig weiter stei- genden Fehlbeträge“, dass der Kreis „ein dringliches Interesse an einer mindestens stabilen oder moderat steigenden“ Umla- ge haben sollte.

Auf 64,4 Millionen Euro ist das Defi- zit im Kreis-Etat bereits angewachsen, allein 18 Millionen Euro stammen aus dem laufenden Jahr. Miese Zeiten, miese Zahlen. Weshalb die Verwaltung die Umlage, die unter den Städten und Gemeinden im Kreis erhoben wird, be- reits seit längerem anheben möchte. Die Kommunen haben sich bisher erfolgreich gewehrt; seit 2001 be- trägt der so genannte Hebesatz 50,8 Punkte.

Ein Brief aus Hanno- ver dürfte die Verwal- tung ermutigen, das Thema in den nächsten Verhandlungen offensiver anzugehen. Denn die Bezirksregierung hat dem Kreis in der Etat-Genehmi- gung nahegelegt, den Hebesatz min- destens zu halten, wenn nicht sogar an- zuheben.

Die Kreisumlage weise eine zuneh- mend bedenkliche Entwicklung auf, meint die Aufsichtsbehörde. Diese hat zwar keine rechtsaufsichtlichen Be- denken gegen den Hebesatz, den Ge- meinden und Kreis für 2004 vereinbart haben, heißt es in einer Pressemittei- lung der Landkreises. Doch die Be- zirksregierung halte es zunehmend für bedenklich, wenn trotz kräftig steigen- den Finanzbedarfs die Einnahmen aus der Umlage um rund 1,7 Millionen Euro unter dem Ansatz des Vorjahres und sogar um knapp 3,8 Millionen Euro gegenüber dem Ergebnis 2002 blieben.

Im Bereich der sozialen Sicherung

habe sich der Zuschussbedarf zudem um 8 Millionen Euro gegenüber 2003 erhöht. Unmissverständlich mache die Bezirksregierung deutlich, dass das In- teresse des Kreises und seiner Gemein- den auf eine angemessene Finanzaus- stattung gleichberechtigt zu bewerten sei, betont die Verwaltung – offenbar mit Blick auf mögliche Beschwerden der Kommunen.

Außerdem hält die Aufsichtsbehörde das Ziel des Kreises, das Defizit bis 2009 abzubauen, nicht mehr für realisti- sch. Die angestrebten Ersparnisse von rund 10 Millionen Euro pro Jahr finden die neu kalkulierten, deutlich höheren Fehlbeträge der nächsten Jah- re nicht auf. Der Kreis sei ungeachtet der vielschichtigen Gründe für diese Entwicklung verpflichtet, mehr Geld zu sparen. Die Bezirksregierung begrü- ße daher die geplante „Aufgabenkri- tik“, die pro Jahr zusätzlich 6 Millio- nen Euro bringen solle. Der Kreis will jede Aufgabe mit Blick darauf prüfen, ob sie erfüllt werden muss, ihr Umfang verändert oder sie so- gar an Dritte vergeben werden kann.

Als „von hoher Wich- tigkeit und unumgäng- lich“ bezeichne die Be- zirksregierung die Ab- sicht, weitere 4 Millionen Euro aus der Aktivierung von Vermögen zu erlösen. Dazu verlangt die Behörde nun kon- krete Beschlüsse. Ferner vertrage sich das Anwachsen der Fehlbeträge nicht mit einem ansteigenden Zuschussbe- darf der Feuerwehrtechnischen Zen- trale in Groß Düngen. Landrätin Ing- rid Baule sieht hier einen „dringenden Abstimmungsbedarf“ mit den Gemein- den.

Überhaupt bestärkt das Schreiben die Verwaltung, mit den Kommunen über eine Neuregelung der Verhältni- se zu sprechen. Dabei kommt nach An- gaben des stellvertretenden Fach- dienstleiters Stephan Sündermann als Alternative zu einer höheren Umlage ein Herunterfahren der Kindergarten- zuschüsse in Frage: „Und das bis auf Null“, erklärte Sündermann. Denn die Lage werde sich durch Kürzungen beim Finanzausgleich mit dem Land weiter verschlechtern.

Baule sieht „dringenden Abstimmungsbedarf“